

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 28

Er erscheint Sonntags.
Bezugspreis monatlich 10 Pf. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 13. Juli 1924

Verlagsschäftsstelle: Berlin G. 2, Brellestr. 8/9 IV.
Fernruf: Merkur 8529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

Das Reparationsgutachten und die Lohnempfänger.

Es ist eine merkwürdige Fügung des Schicksals, daß das Gutachten der Sachverständigen von den Lohnempfängern gegenüber den Deutschnationalen in Schutz genommen werden muß. Im Lager der Deutschnationalen sind Großgrundbesitz und Großkapital vereinigt. Es ist nicht schwer nachzuweisen, daß die aus der Annahme des Gutachtens für die deutsche Volkswirtschaft erwachsenden schweren Kosten nicht diesen Klassen, sondern in erster Linie den Lohnempfängern aufgebürdet werden. Und dennoch müssen letztere für die Annahme des Gutachtens eintreten. Wieder einmal müssen die Arbeiter und die Angestellten das Verantwortungsbewußtsein für die deutsche und europäische Volkswirtschaft übernehmen und müssen sich einer verantwortungslosen, auf primitive Leidenschaften der Bevölkerung gestützten Propaganda entgegenstellen. Sie müssen die schwersten Opfer auf sich nehmen, um die neue Zerrüttung der Währung mit ihren sämtlichen Folgen, die die deutsche Volkswirtschaft nicht zu ertragen möchte, zu verhüten, um dem europäischen Imperialismus den Wind aus den Segeln zu nehmen, um den Boden für die künftigen sozialen Kämpfe von störenden außenpolitischen Komplikationen infolge der ungelösten Reparationsfrage zu reinigen.

Das Gutachten selbst bietet auch genug Hinweis darauf, daß das Schicksal der Lohn- und Gehaltsempfänger während der ganzen Zeit der Reparationsleistungen sehr verschimmert wird. In der Einführung wird zwar behauptet, daß durch die Ausführung des Gutachtens die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung nicht schlechter gestaltet werden soll als die eines anderen Landes. Dies kann aber höchstens als frommer Wunsch gelten, wofür sachliche Unterlagen fehlen. Bezeichnend ist dagegen der Bericht der Eisenbahnsachverständigen, worin die Annahme ausgedrückt wird, daß die Nominallohne sowohl der Eisenbahner wie in der übrigen Industrie auch künftig unter dem Friedensstand bleiben werden. Die Preise sind aber heute schon höher als dem Vorkriegsstand und werden infolge der stufenweisen Aufhebung des Wertschutzes und der zu erwartenden weiteren Verteuerung der Rohstoffe noch weiter steigen. Dennoch stützt sich dieser Bericht auf die Annahme von Löhnen, die niedriger als die Vorkriegsnominallohne sind. Auch die Einnahmequellen, die im Gutachten für Reparationsleistungen vorgesehen werden, sprechen für die Befastigung der Lohnempfänger beziehungsweise der Verbraucher. Die Eisenbahntarife müssen ungemein hoch gehalten werden, was sich um so mehr in erhöhten Warenpreisen ausdrücken wird, als die Höhe der Frachten für Deutschland ein besonders wichtiger Faktor der Preisbildung ist. Außerdem müssen Zölle und verschiedene Verbrauchssteuern auf sehr beträchtlicher Höhe gehalten werden. Diese Steuern sind vorgeschrieben, nicht aber etwa eine gerechte Grundrentensteuer oder eine durchgreifende Erbschaftsteuer. Das Gutachten hebt sogar besonders hervor, daß die Landwirtschaft abschließend nicht mit einer Sondersteuer für Reparationszwecke herangezogen wird.

Neben der Ablieferung der Reparationsleistungen müssen aber die ordentlichen Ausgaben des Reiches aufgebracht werden. Wie die Lasten verteilt werden, hängt von den jeweiligen Machtverhältnissen und vom

Ausgang der sozialen Kämpfe ab, die darum geführt werden müssen. Die Aussichten für die nahe Zukunft sind dafür nicht günstig. Werden zum Beispiel unter dem Druck der Agrarier im nächsten Jahr hohe landwirtschaftliche Schutzzölle eingeführt, die die Lebenshaltung der Bevölkerung noch weiter verteuern, dann kann man mit deren Abbau in absehbarer Zeit kaum rechnen, da erfahrungsgemäß der Abbau einmal eingerichteter Zölle nur sehr schwer zu erreichen ist. Selbst im besten Fall und bei einem erfolgreichen sozialen Kampf um die gerechte Verteilung der Lasten werden die Lohnempfänger unter ständigem Steuerdruck bleiben.

Wir müssen aber, um die Lage richtig zu beurteilen, die durch die Reparationsleistungen bewirkten volkswirtschaftlichen Vorgänge ins Auge fassen. Die Durchführung der Reparationsleistungen hat die Drosselung der Einfuhr und das Bestreben nach größtmöglicher Ausfuhr zur Voraussetzung. Die Erfüllung dieser Forderungen hängt von den verschiedensten Faktoren ab, sie muß aber mit dem größten Nachdruck angestrebt werden, wenn Reparationsleistungen ermöglicht werden sollen. Für uns kommt hier die Wirkung für die Lohnempfänger in Frage. Die Erschwerung der Einfuhr wird die Lebenshaltung verteuern. Erfolgt sie, wie oben angedeutet, durch hohe Agrarschutzzölle, die den Landwirten zu Profiten verhelfen, ohne sie zur Steigerung der Produktion anzufachen, dann wird das Uebel noch größer sein. Dasselbe trifft auch für die Industrieprodukte zu. Die Ausfuhr kann aber angesichts der Lage der Weltwirtschaft nur auf der zu Reparationsleistungen nötigen Höhe gehalten werden, wenn die Preise der deutschen Waren niedrig sind. Die Gläubiger nehmen dies für die Zukunft an, indem sie eine so starke Verminderung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung erwarten, daß niedrige Preise der Ausfuhrwaren die Folge sein müssen. In den Erläuterungen der ausländischen Volkswirtschaftler über das Gutachten wird dies offen ausgesprochen. Der Hunger der deutschen Bevölkerung soll die Ausfuhr ermöglichen. Das Vordringen des Monopolkapitals bewirkt an sich schon die Verminderung der Kaufkraft. Hierfür soll aber weiter noch die Kapitalknappheit sorgen, die zu einer ständigen Erscheinung zu werden droht. Die an die Gläubiger abgeführten Reparationssteuern unterscheiden sich nämlich von den übrigen Steuern dadurch, daß während die letzteren in die Volkswirtschaft zurückströmen, dort als Anlage- und Betriebskapital verwendet und zur Grundlage neuer Steuererträge werden, die ersteren für die deutsche Volkswirtschaft verloren gehen. Es ist zwar im Gutachten das Verbleiben eines Teiles der Reparationsleistungen in Deutschland selbst vorgesehen, jedoch nur für den Fall, daß sie nicht ohne Gefährdung der deutschen Währung in fremde Valuten umgewandelt werden können. Die Kapitalknappheit bedeutet aber ständig hohe Zinsen, die ihren Ausdruck in erhöhten Produktionskosten finden. Ein Ausgleich soll durch die Niedrighaltung der Löhne gefunden werden. In der Tat pflegen hohe Kapitalkurszinsen immer mit niedrigen Löhnen Hand in Hand zu gehen.

Sieht man sich also die Lage der verschiedenen Klassen an, so stellt es sich heraus, daß das Finanzkapital dank der hohen Zinsen sich einer guten Konjunktur erfreuen wird. Die Landwirtschaft

wird — ohne Sonderbesteuerung, und besonders, wenn ihr noch Agrarzölle gewährt werden — ebenfalls nicht unter den Leidtragenden sein. Es bleiben noch die Profite der Industrie, die für die Reparationsleistungen geschmälert werden sollen. Wir können aber auf eine Verteilung dieser Profite unter dem Deckmantel einer notwendigen neuen Akkumulation des Kapitals gefaßt sein. Indem jährlich große Summen — ersparte beziehungsweise erhengerte Kapitalien — unentgeltlich nach dem Ausland wandern müssen, wird man die Notwendigkeit der Sammlung neuer Kapitalien betonen, was nur in der Form von Profiten zustande kommen kann, insbesondere, da es sich um die Schaffung eines mobilen Kapitals für den Betriebsfonds handelt. Die verminderte Kaufkraft und der eingeschränkte Verbrauch soll nicht nur der Förderung der Ausfuhr, sondern auch der Kapitalakkumulation dienen. Für beide müssen die Lohn- und Gehaltsempfänger aufkommen.

Steht diesen Leiden der Lohn- und Gehaltsempfänger wenigstens die Hoffnung auf ständige Beschäftigung entgegen? Nicht einmal dies kann behauptet werden. Daß die öffentlichen Körperschaften ihre Aufgaben einschränken, die Verwaltung ungenügend besetzt halten müssen, entspringt der absoluten Notwendigkeit der Balancierung des Budgets, die infolge der jährlichen Kapitalausfuhr zu einer immer schwierigeren Aufgabe wird. Aber auch Industrie, Handel und Gewerbe sind stark durch unproduktive Elemente überlastet. Frauen, geeignete Angehörige des Mittelstandes, wurden während der Inflationszeit in den verschiedenen Berufszweigen untergebracht und es fragt sich, wie diese — insbesondere angesichts der sehr starken Bevölkerungsvermehrung — auf die Dauer beschäftigt werden können. Der innere Verbrauch muß — wie ausgeführt — zur Ermöglichung der Reparationsleistungen eingeschränkt werden, was auf den Beschäftigungsgrad ungünstig zurückwirken dürfte. Daß die Ausfuhr der deutschen Produkte selbst bei niedrigen Preisen im erwünschten Ausmaß möglich ist, ist keineswegs sicher. Die Industrialisierung einer großen Anzahl osteuropäischer und überseeischer Länder und die allgemeine Überkapitalisierung in den großen Industrieländern lassen die Aussichten der deutschen Ausfuhr in keinem günstigen Licht erscheinen, es sei denn, daß diese durch internationale Vereinbarungen in bisher noch nicht erschlossenen Gebieten geleitet werden kann.

Dennoch sind diese dunklen Vorherjagungen nicht zwangsläufig, wenigstens nicht in ihrem ganzen Umfang. Die Gefahren müssen eben deshalb klar erkannt werden, um ihnen, soweit dies möglich ist, vorzubeugen. Bei der Ausführung des Gutachtens und der Beschaffung der übrigen Staatsausgaben ist noch ein großer Spielraum für die Verbesserung des Schicksals der arbeitenden Klassen vorhanden. Ihre Lebenshaltung kann durch die eine oder die andere Art der Behandlung der Steuer, Zoll- und Kreditfragen usw. entscheidend beeinflusst werden. All dies muß aber hart erkämpft werden und die Erkenntnis der schweren Lasten, die das Gutachten den deutschen Arbeitern und Angestellten aufbürdet, soll uns zu diesem Kampf innerhalb und außerhalb Deutschlands neue Kräfte verleihen.

H. H.

Vornehmstes Gebot für jedes Verbandsmitglied ist **pünktliche Beitragszahlung**. Für die Woche vom 13. bis 20. Juli ist der 29. Wochenbeitrag fällig, und spätestens am 12. Juli zu entrichten.

Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

Api-Reichstarif zu Bruch gegangen.

In Nr. 26 unserer Buchbinder-Zeitung haben wir berichtet, daß mit den Api-Verbänden am 18. und 19. Juni in Eisenach Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages stattgefunden haben, die aber zu keinem Ergebnis führten. Wir haben deswegen das Reichsarbeitsministerium zur Entscheidung angerufen, das unter dem 2. Juli 1924 einen Schiedsspruch fällte, der in seinen wesentlichen Teilen folgendes besagt:

Der bisherige Manteltarifvertrag vom 16. Juni 1923 und der Zusatzvertrag vom 16. Juli 1923 werden unter Aufrechterhaltung der in freier Vereinbarung getroffenen Bestimmungen wie folgt geändert:

Hauptvertrag II, Ziffer 3: Arbeitszeit.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für Betriebe oder einzelne Betriebsabteilungen vom Arbeitgeber nach Anhörung des Betriebsrates Mehrstunden bis zur Höchstdauer von wöchentlich 53 Stunden angeordnet werden. Für die hiernach über 48 Stunden wöchentlich hinaus bis zur Höchstdauer von 53 Stunden wöchentlich geleisteten Mehrstunden ist für jede Mehrstunde der tarifliche Stundenlohn zu zahlen. Für darüber hinausgehende Arbeitszeit ist außerdem der tarifliche Ueberstundenzuschlag zu zahlen.

Hauptvertrag IV. Die Prozentzahlen werden festgelegt auf:

| | | |
|--------------|--------------|--------------|
| In Ziffer 22 | ledig | verheiratet |
| a) | 52 1/2 Proz. | |
| b) | 62 1/2 " | |
| c) | 72 1/2 " | 77 1/2 Proz. |
| d) | 77 1/2 " | 85 " |
| e) | 85 " | 92 1/2 " |
| f) | 92 1/2 " | 100 " |

| | | |
|--------------|----------|--------------|
| In Ziffer 25 | | |
| a) | 30 Proz. | |
| b) | 33 1/2 " | |
| c) | 41 1/2 " | |
| d) | 47 1/2 " | 51 1/4 Proz. |
| e) | 51 1/2 " | 53 1/2 " |
| f) | 53 1/2 " | 56 1/2 " |
| g) | 58 " | 65 " |
| h) | 65 " | 72 1/2 " |

| | |
|--------------|----------|
| In Ziffer 26 | |
| 1a) | 26 Proz. |
| 1b) | 33 " |
| 2a) | 33 " |
| 2b) | 40 " |
| 3a) | 45 Proz. |
| 3b) | 51 1/2 " |
| 3c) | 57 1/2 " |

| | |
|-------------------------------|--------------|
| Zusatzantrag XVIII, Ziffer 75 | |
| a) | 47 1/2 Proz. |
| b) | 57 1/2 " |
| c) | 66 1/2 " |
| d) | 75 " |
| e) | 82 1/2 " |

| | |
|-----------|--------------|
| Ziffer 76 | |
| b) | 66 1/2 Proz. |
| c) | 75 " |
| d) | 80 " |
| e) | 87 1/2 " |

Hauptvertrag XV Ziffer 67

Statt „1924“ zu setzen „1925“ jedoch mit der Maßgabe, daß die zu II Ziff. 3 getroffene Arbeitszeitregelung und die Sätze IV Ziffer 26 zu 3 mit einmonatlicher Frist zum 30. November 1924 gekündigt werden können. Erfolgt keine Kündigung, so laufen diese Bestimmungen stets mit der gleichen Kündigungsfrist auf 2 Monate weiter, jedoch nicht über den 30. Juni 1925 hinaus.

Zusatzvertrag XXIII Ziffer 90.

Statt „1924“ zu setzen „1925“

Die durch vorstehende Regelung notwendig gewordene redaktionelle Änderung einzelner Bestimmungen des Haupt- und Zusatzvertrages bleibt freier Vereinbarung der Parteien vorbehalten.

Das Lohnabkommen vom 20. Mai 1924 bleibt mit den aus Vorstehendem sich ergebenden Änderungen bis zum 13. August 1924 bestehen.

Erklärungsfrist bis Dienstag, den 8. Juli 1924 mittags 12 Uhr.

Dieser Schiedsspruch, der die Spezialarbeiterzulage vollkommen beseitigt hat, die Arbeitszeitfrage in ganz unbefriedigender Weise geregelt hat, der die Löhne unverändert ließ und was die Hauptsache ist, auch in den Lohnspannungszahlen keine merkliche Besserung brachte, mußte vom Tarifausschuß abgelehnt werden.

Wir haben schon wiederholt Gelegenheit genommen, auf die Praktiken des Reichsarbeitsministeriums beim Fällen von Schiedssprüchen hinzuweisen und unterlassen es deshalb heute, des näheren darauf einzugehen. Es ist wahrhaftig schade um die Zeit und Mühe, die dort aufgewendet wird, denn mit solchen Schiedssprüchen ist keinem der Beteiligten gedient.

Mit der Ablehnung des Schiedsspruches ist nunmehr für unsere Mitglieder in den Apibetrieben ein tarifloser Zustand eingetreten. Der Manteltarif hat am 30. Juni sein Ende gefunden und ebenso ist der Lohnstarifvertrag am 2. Juli abgelaufen. Es wird nun Aufgabe unserer Mitglieder sein müssen, die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen in den Apibetrieben örtlich oder betrieblich zu veranlassen.

Neuer Reichstarifvertragsabschluss mit dem DDB.

Mit dem DDB. sind im Anschluß an die jüngst in München geführten Verhandlungen am 3., 4. und 5. Juli in Berlin neue Verhandlungen geführt worden, die den Abschluß eines neuen Vertrages brachten. Wesentliche Vorteile gegenüber dem bisherigen Zustand sind dabei nicht erreicht worden. Es ist aber unseren Vertretern gelungen, die Verschlechterungsanträge der Unternehmer, die mit großer Zähigkeit verteidigt wurden, abzumehren.

In bezug auf die Ferien- und Feiertagsbezahlung bleibt es bei dem bisherigen Zustand. Auch die sonstigen materiellen Bestimmungen gelten unverändert weiter.

In der Arbeitszeitfrage wurde tariflich die 48stündige Arbeitswoche festgelegt. Darüber hinaus ist ein Abkommen getroffen worden, ähnlich wie in der Kartonnagenindustrie, nur mit dem Unterschied, daß die Mehrarbeit nur bis zu 53 Stunden in Anspruch genommen werden kann.

Bezüglich der Ortsklasseneinteilung ist es bei dem bisherigen Zustand geblieben mit Ausnahme einzelner Orte der besetzten Gebiete, für die noch Verhandlungen geführt werden.

Einen sehr breiten Raum bei den Verhandlungen beanspruchten unsere Anträge bezüglich der Neuregelung des Reichsakkordlohnstarifes. Hier ist es unseren Vertretern gelungen, zu einem Ergebnis zu kommen, so daß damit gerechnet werden kann, daß den Wünschen unserer im Akkord tätigen Berufsangehörigen wenigstens einigermaßen Rechnung getragen worden ist.

Die derzeitigen Löhne wurden bis zum 13. August unverändert verlängert.

Der Reichstarifvertrag sowohl als auch der Reichsakkordlohnstarif sind bis zum 30. Juni 1925 abgeschlossen worden.

Eisenindustrie.

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt, daß der Reichsverband der Eisenindustrie die Verbindlichkeit des Schiedsspruches vom 3. Juni beantragt hat, der bekanntlich von uns abgelehnt worden ist.

Die Gewerkschaften zum Dawes-Gutachten.

Das Dawes-Gutachten betreffend die Lösung des Reparationsproblems steht gegenwärtig im Brennpunkt der Tagesdiskussionen und wird voraussichtlich nicht bloß in den nächsten Monaten, sondern auf Jahre hinaus noch von gewaltigem Einfluß auf unser Wirtschaftsleben sein. Die Arbeiterschaft hat daher alle Ursache dazu, den folgenschweren Entscheidungen zu diesem Problem mit größter Aufmerksamkeit zu folgen und insbesondere ihren ganzen Einfluß darauf zu richten, daß nicht, wie bisher, sie allein die Hauptlasten zu tragen hat.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen DGB., AFB. und ADG. haben daher in einer

Eingabe an die Reichsregierung den Standpunkt der freien Gewerkschaften zum Sachverständigengutachten wie folgt dargelegt:

„Den Gewerkschaften ist bekannt, daß die Reichsregierung eifrig an der Durchführung der Anregungen arbeitet, die das Sachverständigengutachten der Dawes-Kommission für den deutschen Haushalt und die Gestaltung der Steuern gegeben hat. Sie vermissen aber jedes Anzeichen dafür, daß auch den Anregungen nachgegangen wird, die in dem Gesamturteil der Sachverständigen über die deutsche Steuererhebung scharf umrissen worden sind. Die Sachverständigen haben der Schlussfolgerung nicht entgegen können, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuerystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre. Das Gutachten der Dawes-Kommission unterstreicht die Notwendigkeit, schon für das laufende Einkommensteuerjahr wichtige gesetzliche Ergänzungen vorzunehmen. Das gilt im besonderen für die Einkommensteuer der sich selbst Einkommenden und für die Auslandsverdienste, aber ebenso für eine Besteuerung der Geldwertvermehrungen und für den Abbau der Umsatzsteuer. Auch den Ertrag der deutschen Erbschaftsteuer haben die Sachverständigen als „außerordentlich niedrig“ bezeichnet.“

Die Gewerkschaften ersuchen die Reichsregierung um Aufklärung darüber, welche Maßnahmen im besonderen nach dieser Richtung im Interesse einer gerechten Verteilung der Wiedergutmachungskosten in Angriff genommen worden sind. Sie haben auch das stärkste Interesse daran, zu erfahren, welche sonstigen steuerlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der indirekten Steuern vorbereitet werden.

Die Spitzenverbände halten eine Aussprache mit der Reichsregierung für außerordentlich dringend. Mächtige Interessentenorganisationen organisieren systematisch den Widerstand gegen die Staatsnotwendigkeiten und schrecken dabei, wie erst jüngst die Vertreter der Landwirtschaft, sogar vor Drohungen nicht zurück. Die Bestrebungen dieser Kreise münden sämtlich in dem einen Wunsch, in Zukunft möglichst von den Lasten, die Deutschland zu tragen hat, frei zu werden und sie auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Das steigert selbstverständlich die Erbitterung der Arbeitnehmer aufs höchste. Die vielen Millionen Arbeitnehmer, die in den Gewerkschaften vereinigt sind, sehnen entschieden die Auflassung ab, daß wachsende Entbehrungen und steigende Not in den breiten Massen des Volkes eine zur Befriedung unentbehrliche Notwendigkeit seien.

Die Unterzeichneten bitten die Reichsregierung, tunlichst bald Tag und Stunde zu einer Aussprache mit den Vertretern der unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände bestimmen zu wollen.“

Das Internationale Arbeitsamt und der Achthundentag.

Auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß im Jahre 1922 in Rom sagte Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in seinen Ausführungen über das Verhältnis des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum Internationalen Arbeitsamt u. a.:

„Es ist nicht ausschließlich das Arbeitsamt, das für die Ratifizierung der Konventionen verantwortlich ist. Die Konventionen sind tote Worte, die Sie zum Leben erwecken müssen. Glauben Sie, daß, wenn eine Konvention angenommen worden ist, ausschließlich das Arbeitsamt ihre Ratifizierung erwirken könne? Die Ratifizierung, wie jeder soziale Fortschritt, hängt in jedem Lande ausschließlich von der Stärke der Partei ab, die dafür kämpft. Wir (das Arbeitsamt) sind nur ein großes, internationales Thermometer. Wenn in der Arbeiterwelt Aktivität herrscht und die Arbeiter sich rühren, dann erweitert sich unsere Aktion; wenn die Aktion der Arbeiterorganisationen schwächer wird, dann sinkt auch unsere Aktion. Wir können nur in dem Maße wirksam sein, als die Arbeiterschaft aktiv ist.“

Abrechnung vom 1. Quartal 1924.

Abrechnung der Verbandskasse.

| Einnahmen: | |
|--|------------------|
| Eingekandt von den Jahrestellen u. Gauen | 82.318,24 Mf. |
| Für Reichstarife, Lohnabkommen und sonstige Druckdrucken | 25,11 " |
| Für zurückgehaltene Porto | 21,25 " |
| Für zurückgehaltene Gebälter | 70,20 " |
| Für Zinsen | 124,20 " |
| Für Abonnement auf die „Buchbinder-Zeitung“ | 3.069,10 " |
| Für Förderung der Jugendbewegung vom MGB. | 250,— " |
| Für Fragebücher und Karten | 44,05 " |
| Für Sonstiges | —,60 " |
| Für Sammlung für die Ausgepeirten in Berlin | 139,71 " |
| Für Auslandshilfe (nach dem Kursstand vom 31. März 1924) | 721,— " |
| Summa | 86.783,46 |

| Ausgaben: | |
|--|----------------------|
| Gebälter der Beamten und Hilfskräfte | 6.274,80 Mf. |
| Sitzungsgelder an Verbandsvorstand, Revisoren und Aufsicht | 87,30 " |
| Miete, Licht, Heizung und Reinigung | 956,90 " |
| Schreib- und Radmaterial, Bureaubedarf und Reparaturen | 153,54 " |
| Buchdruck- und Buchbinderarbeiten, Luthungsarbeiten | 159,50 " |
| Fernspreckgebühren | 139,60 " |
| Postcheck u. Bankposten, Porto u. Fracht | 448,79 " |
| Agitations- und Informationsreisen | 156,30 " |
| Agitationsmaterial | 255,45 " |
| Agitationsreisen und Konferenzen des Tarifausschusses | 722,12 " |
| Tarifische Druckfachen | 4,20 " |
| Kosten der Beiratsitzung vom 8. bis 9. März 1924 | 1.983,18 " |
| Kosten des Schiedsgerichts in Sachen Gabel u. Gen. | 52,— " |
| Zuschüsse an Jahrestellen, Gauen u. Bezirke | 15.789,96 " |
| Papier- und Druckkosten der „Buchbinder-Zeitung“ (Nr. 1-13) | 2.597,80 " |
| Expeditionskosten | 34,— " |
| Porto, Gebühren und Vorkaufgeld für die „Buchbinder-Zeitung“ | 153,84 " |
| Literatur und Mitarbeiterhonorar | 168,75 " |
| Beitrag an den Allg. Deutschen Gewerkschaftsbund (1. Quartal 1924) | 2.151,09 " |
| Beitrag an den Graphischen Bund | 128,66 " |
| Beitrag an die Funktionär-Unterstützungskasse (pro 4. Quartal 1923) | 816,39 " |
| Ueberweisungen | 298,44 " |
| Vericherungsbeiträge | 298,44 " |
| An die Jahrestelle Berlin, Restbeitrag der Sammlung für die Ausgepeirten | 139,71 " |
| Summa | 33.688,82 Mf. |

Unzweifelhaft ist die Tatsache, daß die Frage des Achtstundentages auf der diesjährigen internationalen Arbeitskonferenz zum Mittelpunkt der Verhandlungen geworden ist, ein Beweis dafür, daß in den einzelnen Ländern auf dem Gebiete der Arbeitsfrage ernsthaft gewirkt und gekämpft wird. In diesem Zusammenhang darf man aber auch die stimulierende Wirkung nicht außer acht lassen, die die Abhaltung der internationalen Arbeitskonferenzen hat. In ihren Sitzungen kommen alle positiven Elemente aller Richtungen zu Worte und die Konferenzen erhalten den Charakter eines Forums, dessen Aufhebungen im Urteil der öffentlichen Meinung von Gewicht werden, was ebenfalls dazu beiträgt, die Stellungnahme der einzelnen Delegierten und Staaten in günstigem Sinne zu beeinflussen. Auch von diesem Gesichtswinkel aus müssen die Versicherungen des französischen Arbeitsministers bei der Ratifizierung der Achtstunden-Konvention, sowie die diesbezüglichen Ausführungen des belgischen Regierungsvertreters, der polnischen Regierung und des Vertreters der holländischen Regierung beurteilt werden, der besonders nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Länder zugunsten der Ratifizierung der Washingtoner Konvention hinwies. Es ist nun zu hoffen, daß die in den einzelnen Industrien eingeleiteten Kämpfe der deutschen Arbeiter zugunsten des Achtstundentages noch zu einer Aenderung der, wie der „Vorwärts“ sagt, „Isandalösen“ Haltung der deutschen Regierung führen wird, die mit scheinheiligen und mißtrauenerweckenden Erklärungen die europäische Entspannung gefährdet.

| Bilanz: | |
|--|----------------------|
| Einnahmen | 86.783,46 Mf. |
| Ausgaben | 33.688,82 " |
| Rebrinnahme | 53.094,64 Mf. |
| H. Lender, Verbandskassierer. | |
| Die Richtigkeit vordiehender Abrechnung sowie der Bücher und Kasse bestätigen: | |
| Berlin, den 29. April 1924. | |
| H. Garder, 2. Vordiehender. | |
| Die Revisoren: | |
| Jugo Lemjer. G. Brastow. | |

Abchluß der Jahrestellen und Gawe *)

| Einnahmen: | |
|---|-----------------------|
| Eintrittsgelder | 739,— Mf. |
| Beiträge | 134.515,— " |
| Erratbeiträge | — " |
| Sonstiges | 174,61 " |
| Zuschuß aus der Verbandskasse | 5.990,— " |
| Summa | 141.418,61 Mf. |
| Beiträge für die Funktionär-Unterstützungskasse | 1.105,58 " |
| An Ort behalten vom 4. Quartal 1923 | 14.412,04 " |
| Guthaben der Jahrestellen für das 2. Quartal 1924 | 242,55 " |
| Summa | 157.178,78 Mf. |

| Ausgaben: | |
|---|-----------------------|
| Invalidenunterstützung | 1.694,77 Mf. |
| Unzugsunterstützung | 15,— " |
| Hinterbliebenenunterstützung | 201,— " |
| Rechtschutz | 277,50 " |
| Gewohrgeldestenunterstützung | 163,12 " |
| Für Streiks und Lohnbewegungen | 10.400,33 " |
| Für außerordentliche Agitation | 1.131,81 " |
| Zur Bekleidung örtlicher Ausgaben | 23.103,77 " |
| An die Verbandskasse eingekandt (für Beiträge usw.) | 82.318,24 " |
| Summa | 119.365,54 Mf. |
| Eingekandt für die Funktionär-Unterstützungskasse | 341,39 " |
| Ausgaben für die Funktionär-Unterstützungskasse | — " |
| Guthaben der Jahrestellen vom 4. Quartal 1923 | 279,78 " |
| An Ort behalten für das 2. Quartal 1924 | 37.192,07 " |
| Summa | 157.178,78 Mf. |

*) Die Ortsverwaltungen der 15. Jahrestellen in Emsfichen, Gmünd-Vorb., Pilsheim, Reheim, Neubaum, Neuruppin, Reustadt-Boards, Reustadt bei Koburg, Rauenstein, Roda, Ruppel, Schöned, Tennstedt, Trier und Weichenfels haben die Abrechnung vom 1. Quartal gar nicht oder nicht rechtzeitig eingekandt. Diese sind daher an der Zusammenstellung nicht beteiligt. Nur für die Mitgliederzahl sind für diese Orte die vom 4. Quartal 1923 vorliegenden Ziffern verwendet.

Abrechnung der Bezirksleiter.

| Einnahmen: | |
|---|----------------------|
| Zuschuß aus der Verbandskasse | 9.799,96 Mf. |
| Anteile aus den Beiträgen | 82,38 " |
| Porto zurückgehaltet | 13,93 " |
| Summa | 9.896,27 Mf. |
| Bestand vom 4. Quartal 1923 | 29,61 " |
| Guthaben bei der Verbandskasse für das 2. Quartal | 1.848,75 " |
| Summa | 11.774,63 Mf. |

| Ausgaben: | |
|---|----------------------|
| Gebälter und für Stellvertretung | 6.736,73 Mf. |
| Vericherungsbeiträge | 290,27 " |
| Miete, Licht, Heizung und Reinigung | 343,05 " |
| Bureaueinrichtung und -bedarf | 45,70 " |
| Porto und Telefon | 374,48 " |
| Fahrtgeld und Diäten anlässlich Streiks und Lohnbewegungen | 1.154,89 " |
| Fahrtgeld und Diäten anlässlich der Beratungen des Tarifausschusses | 670,80 " |
| Fahrtgeld und Diäten anlässlich anderer Reisen | 892,11 " |
| Entschädigung und Auslagen der Vertrauensleute | 55,28 " |
| Agitationskosten und Diverses | 79,— " |
| Summa | 10.582,31 Mf. |
| Guthaben bei der Verbandskasse vom 4. Quartal 1923 | 886,25 " |
| Bestand für das 2. Quartal 1924 | 306,07 " |
| Summa | 11.774,63 Mf. |

Abrechnung der Funktionär-Unterstützungskasse.

| | |
|---|--------------|
| Bestand am 31. Dezember 1923 | 291,21 Mf. |
| Beiträge der Jahrestellen und Gawe für das 4. Quartal 1923 | 816,39 " |
| Beitrag der Verbandskasse für das 4. Quartal 1923 | 816,39 " |
| Beiträge der Angestellten des Verbandes für das 1. Quartal 1924 | 555,10 " |
| Beitrag der Verbandskasse für das 1. Quartal 1924 | 555,10 " |
| Bestand am 31. März 1924 | 3.034,19 Mf. |

Mitgliederbestand am Schluß des 1. Quartals.

| | |
|-----------------|--------------------------|
| Männlich | 17.934 Mitglieder |
| Weiblich | 86.264 " |
| Zusammen | 54.198 Mitglieder |

Daß die faulen Ausreden der deutschen Unternehmer nicht stichhaltig sind, beweist nicht nur der Umstand, daß das Dames-Gutachten, das alle Faktoren berücksichtigt, nichts über die Notwendigkeit der Umgehung des Achtstundentages sagt, sondern dafür sprechen auch gerade die Ausführungen des französischen Arbeitsministers, der sagte, daß z. B. in Frankreich „überall, wo der Unternehmer das Gesetz nicht nur erduldet, sondern sich entschlossen dem Achtstundentag angepaßt hat, eine Produktion entstand, bei der die Vergeudung der Kräfte verbannt ist und die ihn befriedigt“. Gerade in den letzten Tagen wurden auch die Resultate einer Erhebung im Saarbergbau bekannt, die zeigen, daß im Vergleich zur 8 1/2 Stundenfrist der Jahre 1908 und 1909 mit derjenigen der 7 1/2 Stundenfrist im Jahre 1924 die Stundenleistung pro Mann zurzeit um 13,75 Kilo größer ist.

Im deutschen Parlament wies Gen. Grafmann auf ein sehr gewichtiges Argument hin, indem er in einem Vergleich zwischen der Lage in England und Deutschland sagte: „Die viel kürzeren Arbeitszeiten und fast doppelt so hohen Löhne in England im Verhältnis zu Deutschland und die demnach höhere Leistungsfähigkeit der angelsächsischen Industrie widerlegen die Theorie, daß Deutschland nur durch Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der Löhne vorwärts kommen kann.“

Wie man sieht, werden auf theoretischem und praktischem Gebiet überall Beweise der Richtigkeit gegeben, von der in den oben wiedergegebenen Worten von Thomas die Rede ist. Zur Beleuchtung der Sachlage ist es vielleicht von Interesse, andererseits fest-

zustellen, daß in Deutschland, wo die Haltung der deutschen Regierung und der auf sie ausgeübte Druck für das unmittelbare Vos des Achtstundentages aus- sichtlich abgebe werden können und deshalb alles getan werden muß, um eine Ratifizierung zu erwirken, eine dahingehende Förderung Grafmanns auf der Tribüne des Parlaments vom gemeinsamen Loben der Kommunisten und Deutsch-Völkischen aufgenommen wurde.

Finanzfragen!

Nachdem die fürchterliche Inflationszeit auch das sehr erhebliche Vermögen unserer Organisation verschlungen hat, ist es jetzt höchste Zeit, unsere Finanzwirtschaft auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Der Grundlag der letzten drei Jahre, der Verbandsbeitrag muß mindestens einen Zehntel davon betragen. Ist längst überföht. Darum weg mit diesem in gar keiner Weise mehr zutreffenden Schicksalwort! Zum Wiederaufbau eines zerstörten Gebäudes muß vor allen Dingen ein geeignetes Fundament geschaffen werden. Ist dieses vorhanden, dann muß weiter Stein an Stein gefügt werden, um den Bau so vollkommen, daß er allen Stürmen erfolgreich widerstehen kann.

Ungeheurer schwere Aufgaben hat unser Verband im Interesse seiner Mitglieder zu erfüllen. Betrachten wir nur kurz unsere Tarifpolitik, dann muß betont werden, daß immer größere Hindernisse sich von Stunde zu Stunde anhäufen, die unüberwindlich erscheinen. Jedes atemberaubende Kämpfer weiß aber aus jahrzehntelanger, praktischer Erfahrung, daß alle, auch die schwersten Hindernisse, überwunden werden müssen! Und überwindliche Hindernisse hat es in der Arbeit-

terbewegung nie gegeben und darf es in Zukunft ebensowenig geben. So notwendig und selbstverständlich die Erziehung und Heranbildung aller Berufsangehörigen zu überzeugten, herausproben Kämpfern ist, genau so unentbehrlich ist es, die Voraussetzungen dazu zu schaffen. Ein gesundes Finanzgebaren ist und bleibt die Lebensader der Organisation! Erst dieses liefert die Kräfte zur reiflichen Durchführung aller im Interesse der Kollegenchaft gelegenen Maßnahmen. Im Kampf um menschenwürdige Existenzbedingungen sowohl als auch zum Ausbau unentbehrlicher Unterstützungsanstaltungen, überhaupt zur Lösung all der äußerst schweren Aufgaben, die im Interesse der Arbeiterschaft gelöst werden müssen, ist Geld und nochmals Geld notwendig!

Diese Ziele und Bestrebungen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß wir mit unserer augenblicklichen Beitragsleistung unmöglich alle Aufgaben lösen können. Jeder Kenner unserer schwierigen Organisationsverhältnisse wird schon längere Zeit den Gedanken einer zeitgemäßen Beitragserhöhung erwidern haben aus der ganz richtigen Überzeugung heraus, daß wir je eher desto besser die Schaffung des unentbehrlichen Reservefonds praktisch betätigen müssen.

Wie hoch sollen unsere Beiträge werden, um einerseits die Mittel zu kämpfen, überhaupt zur Durchführung aller Ziele bereit zu haben, andererseits aber auch die Belastung des einzelnen Mitgliedes tragbar zu gestalten? Darüber dürften die Meinungen auseinandergehen. Aber bei Behandlung dieser Frage muß gelten: „Nichtweg mit allem Kleinmut! An dessen Stelle muß treten: Großzügigkeit! Eingabe an die Organisation! Opferwilligkeit! Nur so wird es möglich, Beiträge zu schaffen und reiflich zur Durchführung zu bringen, die unseren Verband so stark machen, daß er allen Unbillen Trotz bieten kann.

Ich höre schon jene, die da sagen, daß höhere Beiträge zu leisten nicht möglich ist. Da werden Ausdrücke erfolgen und anderes mehr. Doch Hand aufs Herz! Ist der Verbandsbeitrag nicht die kleinste Ausgabe, die es jemals gegeben hat und erst jetzt heute? Obwohl von der Leistung des Verbandsbeitrags die Existenzbedingungen abhängen, gibt es leider noch solche Menschen, die auf der einen Seite geneigt sind, einige Groschen Beitrag pro Woche zu sparen, auf der anderen Seite aber schenken sie dem Unternehmer das Vielfache in Wert vom Lohn in der gleichen Zeit. Wer die Notwendigkeit der Organisation erkannt und überzeugter Gewerkschafter ist, wird niemals wegen einer Beitragserhöhung, die immer nur so hoch ist als unbedingt erforderlich, fahnenflüchtig werden. Kurzfristige Menschen, die in vollständiger Verkennung ihrer eigenen Interessen schäuder dem Verband den Rücken fechten, mußten dieses am eigenen Leib verspüren, und erst durch bittere Erfahrungen fanden sie den Weg zur Organisation zurück. Bei allen sich bietenden Gelegenheiten muß eindringlich darauf hingewiesen werden, wach empfindlichen Schaden eine solche Kleinmütigkeit jedem einzelnen bringt. Darum hüte sich jedermann vor solch schmerzlichen Erfahrungen.

Die Zahl der Beitragsklassen darf auf keinen Fall vermehrt werden. Vielmehr ist zu prüfen, ob wir deren nicht schon zuviel haben. Fünf Beitragsklassen genügen vollständig! Diese fünf Beitragsklassen sind so zu gestalten, daß deren Höhe tragbar ist und den Anforderungen der Organisation Genüge leistet. Zugabe, daß es kaum möglich ist, unsere Beiträge mit einem Aufschlag auf die unserer Berufsverbände Buch- und Steinbruder zu bringen, muß trotzdem soweit wie irgend möglich gegangen werden. Die Anregung des Kollegen Mitsche in Nr. 22 der „Buchbinder-Zeitung“, recht hoch bei den höheren Klassen (100 Proz.) zu gehen, in allen Ehren, aber was soll es heißen, wenn er im gleichen Atemzug die unteren Klassen mit 50 Proz. erhöhen will. Welch ungeheure Spannung würde bei diesen Vorschlägen zwischen den unteren und höheren Klassen herauskommen! Bei genauer Nachprüfung unserer Beitragsklassen wird jeder praktisch erfahrene Kassierer schon längst empfunden haben, daß die erste Klasse befristet werden muß, so daß noch fünf Beitragsklassen bleiben, die auf die richtige Höhe gebracht werden müssen.

Es ist wünschenswert, daß noch recht viele Anregungen in der „Buchbinder-Zeitung“ zu diesen wichtigen Fragen erscheinen. Diese Anregungen bringen die Überzeugung und den festen Willen zum Ausdruck, unseren Organisationsbau auf dem überaus wichtigen finanziellen Gebiet massiv zu machen. Höhere Beiträge sind dazu eine Notwendigkeit, der sich niemand entziehen wird. Eine Finanzreform ist dringend, sie muß erfolgen zur Überwindung aller Gefahren, die der Kollegenchaft drohen.

Kollegen und Kolleginnen! Seht in euren eigenen Interessen mit allen Kräften mit, die Organisation zu einem kräftigen Schutz und Hort gegen alle Unbillen des wirtschaftlichen Proletariats zu machen! Ihr könnt das aber — ihr dürft nur ernstlich wollen!

veritas.

Zum Aufbau unseres Verbandes.

In dem Artikel „Mühe zum Kampf“ des Kollegen Mitsche in Nr. 22 der „Buchbinder-Zeitung“ gestatte ich mir einiges zu erwidern.

Es sind alles schöne und ehrliche Worte, die in diesem Artikel niedergeschrieben sind. Mein vernünftiger Kollege wird sich dieser Ansicht verschließen können, daß wir bei einem vorkommenden Kampf viel zu schwach sind, um ihn erfolgreich aufnehmen zu können. Der Vorschlag aber, deshalb unsere Klasse zu härten durch Erhöhung der unteren Beiträge um 50 Proz. und die der höheren Klassen bis 100 Proz., würde nach meiner Überzeugung einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Wer die Schwierigkeiten kennt, die jede Beitragserhöhung verursacht, der wird den Kollegen Mitsche eines anderen belehren. Ich frage ihn aber, ob er selbst in der Lage ist, von seinem Verdienst, der doch immer noch nicht den Lebenslohn erreicht, zwei Mark Beitrag pro Woche abgeben zu können? Die Löhne sind, den Preisen der Lebensmittel und anderer Bedarfsartikel gegenübergestellt, noch viel zu niedrig, um eine solche gewaltige Erhöhung von Beiträgen zu können. Was nicht uns heute eine kleine Zahl von Mitgliedern, die vielleicht schwerer als die anderen Beitrag leisten würde, wenn dreiviertel unserer Kollegenchaft uns fern steht? Meine Ansicht ist die, erst die gesamte Kollegenchaft reiflich zusammenzufassen. Das kann aber nicht mit einem hohen Beitrag, sondern nur mit einem mäßigen geschehen, der in den Grenzen der Möglichkeit liegt. Im weiteren muß die uns entfremdete Kollegenchaft wieder von dem Augen der Organisation überzeugt und von uns gesammelt werden.

Vor allen Dingen müssen unsere Beiträge, außer zur Bestreitung der Verbandsangelegenheiten, nur für Kampfwende aufgespart und verbraucht werden. Es ist und bleibt ein großer Fehler, daß sich der Beirat dazu entschloß, die alten Unterstützungen wieder einzuführen. Man hat sich anscheinend nicht überlegt, daß mit der Einführung dieser Unterstützungen wieder ein größerer Apparat erforderlich ist. Wenn man dann die Sätze ansetzt, die leider nur so gering bemessen sein können aus dem einfachen Grunde, weil die Mittel dazu fehlen, dann fragt man sich, war es überhaupt notwendig, daß dieser viel Zeit und Geld kostende Apparat erst wieder geschaffen wurde? Als wir während des Krieges Notgebrungen abbauen mußten, atmete der größte Teil der Dresdener Kollegenchaft auf, das endlich Schluß war mit einem Anhängsel, das wie ein Bleigewicht unsere Bewegung hinderte.

Wenn behauptet wird, daß unsere Unterstützungseinrichtungen als Werbemittel dienen, da kann man frei und offen sagen: Alle diejenigen, die unserem Verband der Unterstützungen halber beitreten, mögen uns vom Hals bleiben. Wir sind kein Unterstützungsverein und keine Krankenkasse. Dazu gibt es eine Menge anderer Einrichtungen dieser Art. Mit solchen Sachen sollte man sich überhaupt nicht befassen. Wir wollen rein und bleiben eine Organisation, die nur kämpft zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Vor allen Dingen möchte ich in gegenwärtiger Lage von jeder Beitragserhöhung abstrahieren, um zu verhindern, daß noch mehr uns den Rücken lehnen. Trage jeder dazu bei, daß wir alle wieder unter einen Hut kommen und daß es keine Außenfelder mehr gibt. Vielleicht läßt sich dann über weiteres sprechen. Ich kenne als Kassierer viele alte Kollegen, die unter den heutigen Verhältnissen scharfe Gegner einer hohen Beitragserhöhung sind, und glaube mit gutem Gewissen behaupten zu können, daß keine 5 vom Hundert des Vorschlag des Kollegen Mitsche freudig zustimmen werden.

Ich könnte noch viel anführen, es würde aber zu weit führen. Doch glaube ich mit meinen Ausführungen die Ansicht einer großen Anzahl von Verbandsmitgliedern zum Ausdruck gebracht zu haben.

D. Wättnner-Dresden.

Buchdrucker und Graphischer Industrie-Verband.

Am 1. September beginnt in Hamburg der 12. Verbandstag der Buchdrucker, zu dem 133 Delegierte gewählt wurden. Daß der Gedanke des Graphischen Industrieverbandes auch jetzt nach der Ablehnung durch die Urabstimmung dort noch in weiten Kollegenkreisen ziemlich lebendig ist, beweist die Tatsache, daß von den vorliegenden 141 Anträgen nicht weniger als 11 den Zusammenschluß der vier graphischen Verbände zu einem Industrieverband fordern. Außerdem wünschen sechs weitere Anträge eine engere Zusammenfassung der Betriebsräte, Gründung graphischer Kartelle oder Schaffung eines gemeinsamen Organs.

Bemerkenswert ist noch dabei, daß die Anträge nicht etwa nur von kleineren Zahlstellen kommen, sondern die größten Mitgliedschaften, die Berlin, Leipzig, Hamburg, Nürnberg usw. darunter sind. Nach Lage der Dinge dürften aber diese Anträge dennoch wenig Aussicht auf Realisierung haben.

Urlaubsregelung in den Tarifverträgen.

Während in der Vorkriegszeit nur ganz vereinzelte Arbeiter das Vorzugsrecht auf Urlaub besaßen, ist dieses Recht in den letzten Jahren fast Allgemeingut der gesamten Arbeiterschaft geworden. Wenn wir auch leider noch nicht so weit wie in Oesterreich sind, wo die Arbeiterschaft ein gesetzliches Recht auf einen eins bis zweiwöchigen Urlaub hat, so ist doch hierin bei uns auf dem Wege des Tarifvertrages ganz Anerkennungswertes geleistet worden. Denn heutzutage sind Tarifverträge ohne Urlaubsregelung zur Ausnahme geworden. So waren nach den letzten Feststellungen der amtlichen Tarifstatistik Ende 1922 von den gültigen 10 768 Tarifen, die 890 237 Betriebe und 14 261 106 Personen umfassen, in 8620 der Tarife für 804 541 Betriebe mit 13 221 647 Arbeitnehmer der Urlaub tariflich geregelt. Das heißt also, daß 93 Proz. der Beschäftigten ein Recht auf Urlaub hatten. Das ist eine Errungenschaft, die noch vor 10 Jahren kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Die Mindestdauer des vereinbarten Urlaubs betrug für die Mehrzahl, nämlich 53,8 Proz. der Beschäftigten, bis zu 3 Tagen; über 3 bis 6 Arbeitstage für 38,6 Proz. und über 6 Arbeitstage für 7,6 Proz. der Arbeiter. Dagegen war die Höchstdauer des vereinbarten Urlaubs für 44,2 Proz. der Beschäftigten auf über 6 bis 12 Tage bemessen, während je 13,4 Proz. 12 bis 18 bzw. über 18 Arbeitstage Anspruch auf Urlaub hatte und die Höchstdauer desselben nur für 29 Proz. unter 6 Arbeitstagen betrug.

Literarisches.

Gemeindefinanzen und Gemeindesteuern in Preußen. Von Bruno Reich, Bürgermeister in Höchst a. M. Verlag: Union-Druckerei, Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17. Preis 1,50 Goldmark. — Der Verfasser gibt durch seine Schrift dankenswerte Aufklärungen, die vielen sehr willkommen sein werden. Er untersucht die heutigen Steuerarten nach ihrem finanziellen und wirtschaftlichen Charakter hin, bespricht in diesem Zusammenhang überhaupt die oft unzulängliche Finanzpolitik der Gemeinden und bringt dafür Tatsachenmaterial in Fülle und Fülle. Seine Vorschläge für neue Einnahmequellen sind größter Beachtung wert, hier spricht ein Sachmann zu uns, was den Wert des Buches erheblich erhöht.

Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin.

Die in der Ausschuffung vom 3. Juni 1924 beschlossene Satzungsänderung betr. Familienunterstützung ist genehmigt und tritt mit dem 1. Juli 1924 in Kraft.

Der Vorstand.

J. A.: R. Gottesmann.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Lokalarbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge in:

Betragsklasse I II III IV V VI

Rf. Pf. Bf.

Rüfingen-Wilhelmshaven — — — 15 15 15

2. Der **Gründer Albert Bishoff**, geboren am 28. August 1902 in Ruhla, B.-Ar. 10 548, wird hiermit aufgefordert, seinen Aufenthaltsort anzugeben und sein Mitgliedsbuch an uns einzufenden. Die Gau- und Ortsverwaltungen werden gebeten, wenn Bishoff sich irgendwo meldet oder unangemeldet in Arbeit tritt, uns unverzüglich entsprechende Mitteilung zu machen. Bishoff arbeitete zuletzt in Ruhla i. Th.

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 7. Juli bei der Verbandskasse ein von:

Zittau — 20,— Bremen 876,65 Mt. — Göttingen 40,— Mt. — Münster 28,— Mt. — Trier 52,60 Mt. — Götha 98,57 Mt. — Jena 27,— Mt. — Reustadt bei Coburg — Mt. — Ruda 13,— Mt. — Ruhla 32,17 Mt. — Juidau 225,— Mt. — Freiburg i. Br. 114,— Mt.

Es fehlen immer noch vom 1. Quartal die Abrechnungen der Zahlstellen:

Reudamm, Keuruppin, — Mühlheim, Rechem, — Reustadt a. d. S., — Rauenstein, Leunstedt, Weihenrode, — Schönd., — Gmünd-Borch, — Gmündchen.

Abrechnungsänderungen.

B. — Bevollmächtigter. K. — Kassierer.

Wannheim-Ludwigshafen. B.: Fr. Mann, Mannheim, K. 1. Nr. 11.

K.: Erich Bouc, Mannheim, Trautweinstr. 45. Ruhla i. Th. B.: R. Kessinger, Dornengasse 53 (Götha).

K.: D. Kleinsteuber, Auaubstr. 46.